

Im Interview mit dem Regionaljournal sagte Regierungsrätin Stephanie Eymann, Basel sei an der letztjährigen 1. Mai-Kundgebung in «Schutt und Asche» gelegt und «kurz und klein geschlagen» worden. Das entspricht nicht den Tatsachen und ist eine unzulässig Verharmlosung und Bagatellisierung des Leids in tatsächlich zerstörten Städten. Im Wissen, dass unter den Demonstrant*innen am 1. Mai auch Menschen sind, deren Angehörige und Freund*innen beim Erdbeben in der Türkei ihre Häuser verloren haben, verletzt oder sogar getötet wurden, ist die Gleichsetzung einiger kaputter Scheiben mit einer Stadt in «Schutt und Asche» geschmacklos und deplatziert.

Diese verzerrte Darstellung des letzten 1. Mai blieb nicht die einzige Desinformation von Regierungsrätin Stephanie Eymann im Zusammenhang mit dem 1. Mai 2023. So behauptete sie in mehreren Interviews, in Bern sei es dieses Jahr zu «massiven Ausschreitungen» (BaZ) gekommen und in Basel hätte im Gegensatz zu Bern verhindert werden können, dass «alles kurz- und kleingeschlagen ist» (Blick). Die Berner Kantonspolizei berichtet jedoch von keinerlei Sachbeschädigungen oder Ausschreitungen am 1. Mai. Es entsteht der Eindruck, Stephanie Eymann habe mit ihren Aussagen das potenzielle Schadensausmass der bewilligten 1. Mai Kundgebung in Basel grösser erscheinen lassen wollen, als es tatsächlich war.

Im Gegenzug wurde die von der Polizei gegenüber Demonstrant*innen angewendete Gewalt kleingeredet. So sagte Regierungsrätin Stephanie Eymann gegenüber SRF, in Basel sei Gewalt verhindert worden, obwohl über 30 Personen wegen des Polizeieinsatzes behandelt werden mussten und mindestens eine Person ins Spital gebracht werden musste. Zudem wurde eine Person durch ein Messer verletzt und erlitt eine Fleischwunde. Der Polizeisprecher behauptete, es sei kein Messer, sondern ein «Rettungsgurtschneider» eingesetzt worden. Es gibt jedoch Aufnahmen, welche den Einsatz eines Leathermans mit offener Klinge durch die Polizei zeigen.

Um die Ungleichbehandlung des Nizza-Fanmarsches mit dem 1. Mai und dem 8. März zu rechtfertigen, sagte Stephanie Eymann gegenüber der BaZ, beim Fanmarsch am 13. April 2023 sei es zu «keinen Sachbeschädigungen» gekommen. Damit widerspricht sie der Mitteilung der Kantonspolizei, welche von Sachbeschädigungen an vier Trams berichtete.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die offensichtliche Desinformation von Regierungsrätin Stephanie Eymann, Basel sei am letztjährigen 1. Mai in «Schutt und Asche gelegt» worden?
2. Hält der Regierungsrat diese Aussagen angesichts des Leids in tatsächlich zerstörten Städten – sei es wegen Erdbeben wie in der Türkei und Syrien oder Krieg wie in der Ukraine – ebenfalls für geschmacklos und verletzend?
3. Anerkennt der Regierungsrat, dass die Aussagen bezüglich Ausschreitungen am 1. Mai in Bern falsch und irreführend waren?
4. Warum sagte Stephanie Eymann, es sei beim Nizza-Fanmarsches zu keinen Sachbeschädigungen gekommen? Falls sie die Verschmutzung mit Farbe nicht als Sachbeschädigung beurteilt, warum sind dann Spraydosen Hinweise für geplante Sachbeschädigungen?
5. Weshalb wird von «Verhinderung von Gewalt» gesprochen, wenn zur Verhinderung potenzieller Sachbeschädigungen Gewalt gegen Menschen eingesetzt und Menschen verletzt wurden?
6. Weshalb behauptete der Polizeisprecher, dass zur Zerschneidung eines Transparents im Gedränge ein Rettungsgurtschneider eingesetzt wurde, wenn es Aufnahmen vom Einsatz einer Leathermanklinge gibt?
7. Waren Polizeisprecher und Regierungsrätin Stephanie Eymann bei ihren Aussagen schlecht informiert oder handelt es sich um eine bewusste Desinformationsstrategie?

8. Hat die übertriebene Wahrnehmung der Ereignisse am letztjährigen 1. Mai zum übertriebenen Polizeieinsatz und zur präventiv eingesetzten Polizeigewalt am diesjährigen 1. Mai geführt?
9. Teilt der Regierungsrat die Haltung, dass Desinformation den gewünschten Dialog behindern und nicht Teil einer Kommunikation des Kantons sein dürfen? Was unternimmt der Regierungsrat, um Desinformation durch Regierungsratsmitglieder und Kantonsangestellte in Zukunft zu verhindern?

Tonja Zürcher